

## PARTIZIPATIVES BUDGET

Das Partizipative Budget - auch BürgerInnenhaushalt genannt - ist eine demokratisierte Form der Budgeterstellung, bei der sich BürgerInnen ohne politisches Mandat am Prozess zur Planung des öffentlichen Haushalts beteiligen.

Bei dieser **Form der Öffentlichkeitsbeteiligung** steht die lokale Finanzpolitik im Mittelpunkt. Die Verteilung der öffentlichen Mittel ist ein zentrales wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument mit dem die Ressourcenverteilung und damit Macht- verhältnisse bestimmt werden. Die Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung des Haushalts erhöht die Transparenz in diesem zentralen Bereich öffentlicher Verwaltung und zielt auf eine sozial gerechte und bedarfsorientierte Gestaltung des öffentlichen Haushalts ab. Die Aushandlung der Verteilung auf einer konsensorientierten Basis stärkt außerdem das demokratiepolitische Verständnis und das zivilgesellschaftliche Engagement.

Erstmals durchgeführt wurde dieses Verfahren in **Porto Alegre** im Süden Brasiliens. Das anfänglich experimentelle Demokratisierungsprojekt wurde schrittweise in eine Institutionalisierung des Beteiligungsprozesses übergeführt.

Die Idee des Partizipativen Budgets wurde ausgehend von Brasilien und anderen außer- europäischen Ländern (z.B. Uruguay, Südafrika, Neuseeland etc.) auch **in Europa** in unterschiedlichen Formen umgesetzt: in Deutschland z.B. in Berlin- Mitte, Berlin- Lichtenberg oder Emsdetten, in Frankreich z.B. in einigen Städten in der Nähe von Paris oder in Spanien z.B. in Cordoba. Schätzungsweise gibt es inzwischen mehr als 300 Gemeinden weltweit, die „participatory budgeting“ initiiert haben. [Weiterführende Information lesen Sie hier!](#)

In **Österreich** gibt es Bestrebungen zur Einführung partizipativer Budgeterstellung vor allem auf Wiener Bezirksebene, aber noch keine konkrete Umsetzung. Ein interessantes Beispiel für die Umsetzung eines partizipativ erstellten Teilbudgets wurde in Wien im Bereich des Fördermitteleinsatzes für kulturelle Aktivitäten im Bereich neuer Medien entwickelt. Die [KünstlerInnen- Plattform Netzwerk](#) entwickelte ein partizipatives Fördermodell, das gemeinsam mit der Stadtverwaltung umgesetzt wurde. Seit Jänner 2006 wird über den Fördermitteleinsatz unter Beteiligung der KünstlerInnencommunity entschieden. Über ein internetunterstütztes Wahlsystem werden Projekte zur Förderung vorgeschlagen, die von einer von der Stadt Wien beauftragten Experten- Jury geprüft und der zuständigen Kulturabteilung zur Genehmigung vorgelegt werden.

**Gender Budgeting bzw. geschlechtergerechte Budgetgestaltung** steht mit dem Thema Partizipatives Budget in engem Zusammenhang. Gender Budgeting ist ein international bereits sehr verbreiteter Ansatz und bedeutet, die öffentlichen Finanzen hinsichtlich der Auswirkungen der Ausgaben- und Einnahmen- politik auf Frauen und Männer hin zu überprüfen und im Hinblick auf Geschlechtergleichstellung umzugestalten. Wie beim Partizipativen Budget geht es darum, den



Bürgerhaushalt Berlin Lichtenberg  
Foto: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin



*"Wir haben gute Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung gemacht, wollen aber noch mehr Bürgerinnen und Bürger anregen, Einfluss auf ihr eigenes Wohnumfeld zu nehmen."*

Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin  
Berlin- Lichtenberg

*If you want to see which way a country is headed, look at the country's budget and how it allocates resources for women and children.*

Pregs Govender, South Africa

Prozess der Budgeterstellung transparent zu gestalten und einerseits Know-how von Gender-ExpertInnen aus Wissenschaft und NGO's einzubeziehen aber auch die Teilhabe von interessierten BürgerInnen zu ermöglichen. Ausgangspunkt von Gender Budgeting-Initiativen sind geschlechtsdifferenzierte Analysen zur Wirkung von einzelnen Haushaltsmaßnahmen einerseits und der Auswirkungen übergeordneter Festlegungen der Budgetpolitik oder Wirtschaftspolitik insgesamt auf Frauen und Mädchen bzw. Männer und Buben andererseits. Methodisch neu ist z.B. die Berücksichtigung von unbezahlter Arbeit, die größtenteils von Frauen erbracht wird.

### **Auf den folgenden Seiten finden Sie mehr zum Thema Partizipatives Budget:**

- >> [Charakteristische Elemente des Partizipativen Budgets](#)
- >> [Das Partizipative Budget in Porto Alegre](#)
- >> [Partizipative Budget-Initiativen in Europa](#)
- >> [Das Beispiel Bürgerhaushalt Berlin- Lichtenberg](#)

#### **Links**

Weitere Informationen zum Thema Partizipatives Budget finden Sie auf den folgenden Websites:

- >> [Rosa Luxemburg Stiftung](#)
- >> [The International Budget Project](#)
- >> [Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz](#)
- >> [Participatory budgeting](#)
- >> [Europäische Bürgerhaushalte](#)
- >> [Info- Plattform Bürgerhaushalt der Bundeszentrale für politische Bildung](#)

Weitere Informationen zum Thema Gender Budgeting finden Sie auf der Website der:

- >> [Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming](#)
- >> [GenderAlp](#)

#### **Downloads**

Hier finden Sie weiterführende Informationen zu Gender Budgeting als Download:

- >> [Watchgroup. Gender und öffentliche Finanzen \(.pdf\)](#)
- >> [Dokumentation der Fachtagung: „Haushalt für alle!“ in München \(.pdf\)](#)
- >> [Konferenzdokumentation "Gender Budgeting in Europa" \(.pdf\)](#)
- >> [Gender Budgeting 2004. Neueste Entwicklungen und Umsetzungsbeispiele \(.pdf\)](#)

## CHARAKTERISTISCHE ELEMENTE DES PARTIZIPATIVEN BUDGETS

Die Form der Öffentlichkeits- beteiligung beim Partizipativen Budget kann sehr unterschiedlich sein. Sie umfasst aber folgende Kernelemente:

- **Beteiligung der BürgerInnen an der Erstellung des Budgets:** die betroffene Bevölkerung beteiligt sich an der Planung des öffentlichen Haushalts; je nach Prozess umfasst die Beteiligung die Stufe der Konsultation bis hin zu Mitbestimmung.
- **Institutionalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung:** die Form der Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Budgeterstellung wird strukturell festgelegt.
- **Umverteilung der öffentlichen Mittel:** die Festlegung des Mitteleinsatzes erfolgt nach gemeinsamer Interessenabwägung der beteiligten AkteurInnen.

### Ziele

Drei zentrale Ziele von Partizipativen Budgets sind:

- **Transparenz:** Bürger und BürgerInnen werden über den laufenden Haushalt und zu den bereits festgelegten Elementen der Haushaltsplanung informiert. Die Transparenz des Prozesses hilft außerdem den ineffizienten oder fehlgeleiteten Einsatz der Mittel zu verhindern.
- **Beteiligung und/ oder Mitbestimmung** der BürgerInnen an einem zentralen gesellschaftlichen Bereich: Der Dialog der Verwaltung und der Politik mit den BürgerInnen wird verbessert und das Wissen über wichtige Verwaltungsvorgänge in der Bevölkerung gefördert.
- **Stärkere Ausrichtung** des Mitteleinsatzes **an den Interessen der BürgerInnen:** durch die Beteiligung der BürgerInnen erhält die Verwaltung Entscheidungshilfen für den bedarfsgerechten Einsatz der öffentlichen Mittel und es können neue und gerechtere Prioritäten im Haushalt gesetzt werden.

### Nutzen

#### ... für BürgerInnen:

- Durch den Dialog von BürgerInnen und Behörden wird das demokratische Bewusstsein auf beiden Seiten gestärkt.
- Die Beteiligung der BürgerInnen bei der Haushaltsplanung stärkt deren Rolle als aktive, kritische, fordernde und verantwortungsbewusste Mitglieder der Gesellschaft.
- BürgerInnen beobachten und kontrollieren die Umsetzung der gemeinsam gefassten Beschlüsse. Die geforderte Rechenschaftspflicht der öffentlichen Verwaltung kann zu einer Modernisierung der Verwaltung beitragen.

*Politische Bildung wird dadurch aber nicht gewonnen, dass man die Massen von öffentlichen Angelegenheiten fernhält, sondern dadurch, dass man sie zur Ausübung politischer Rechte zulässt. Ohne Übung kein Meister.*

August Bebel

### Downloads

Hier finden Sie weiterführende Informationen als Download:

>> [UN- Dokument: 72 Frequently Asked Questions about Participatory Budgeting \(.pdf\)](#)

>> [A Guide to Participatory Budgeting \(.pdf\)](#)

>> [Der Bürgerhaushalt: Information, Spielwiese oder Beratungsinstrument?](#)

- Durch die Beteiligung der BürgerInnen werden neue Prioritäten im Budget festgelegt, die in relativ kurzer Zeit eine Verbesserung der Lebensqualität bewirken können.
- Partizipative Haushaltspolitik kann zu einer Neuordnung von gesellschaftlichen Strukturen und zur Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit beitragen.

... für die lokale Verwaltung:

- Die höhere Transparenz des Budgets führt zu einer effizienteren Verwendung der Gelder und zu öffentlicher Anerkennung für die Tätigkeit von MitarbeiterInnen in der Verwaltung.
- BürgerInnen unterstützen die gemeinsam getroffenen Haushaltsentscheidungen.
- Die demokratische Kultur und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wird gestärkt.
- In Zeiten knapper öffentlicher Mittel kann durch die Teilhabe der BürgerInnen eine höhere Akzeptanz für Sparmaßnahmen erreicht werden.
- Durch die Zusammenarbeit von BürgerInnen, Politik und Verwaltung kann eine tragfähige Vertrauensbasis entstehen.

## DAS PARTIZIPATIVE BUDGET IN PORTO ALEGRE

Die südbrasilianische Stadt **Porto Alegre** erlangte in den 90er Jahren mit ihrer innovativen Stadtpolitik internationale Beachtung. Im Zentrum dieser neuen Politik stand die Budgeterstellung unter Beteiligung der Bevölkerung, das Partizipative Budget. Durch diese Art der Budgeterstellung wurde das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft grundlegend verändert. Leider existiert diese Form der Partizipation heute nur mehr formal, da politische Veränderungen nach 2004 zu einer drastischen Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der brasilianischen BürgerInnen führten. Dennoch wurde 1988 in Porto Alegre der Grundstein für das Partizipative Budget gelegt. Eine Verfassungsänderung führte zur Verankerung ausgeweiteter kommunaler Kompetenzen, die eine stärkere Demokratisierung zur Folge hatte.

Für die **partizipative Budgeterstellung** wurden Elemente direkter und repräsentativer Demokratie auf folgende Weise kombiniert:

- BürgerInnen erhielten bei Versammlungen auf Stadtteilebene grundlegende Informationen zum öffentlichen Haushalt. Aus den VersammlungsteilnehmerInnen wurden Delegierte ausgewählt, die unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Verwaltung eine Prioritätenliste für Vorhaben des zukünftigen Budgets erstellten.
- In einem nächsten Schritt stimmten alle Beteiligten über die Prioritäten der Vorhaben ab und entsandten von jedem Stadtteil zwei Delegierte in den Conselho do Orcamento Participativo (COP).
- Auf diese Stadtteilforen folgend, richtete man auch thematische Foren ein, in denen gesamtstädtische Interessen bearbeitet wurden. Auch in diesen Gremien fand eine Nominierung von zwei VertreterInnen für den COP statt.
- Der COP erstellte auf Grundlage der Vorgaben aus den Stadtteil- und thematischen Foren einen Budgetentwurf mit Investitionsplan, der dem Stadtparlament zur Begutachtung und Entscheidung vorgelegt wurde. Weitere Aufgabe des COP war es, die Regeln für die nächste Budgeterstellung auszuarbeiten. Zu diesen Regeln gehörten auch eigens entwickelte Verteilungsschlüssel, die einen Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen sicherstellen sollten. Die Strukturen des Partizipativen Budgets wurden in einem sehr hohen Maß selbstgesteuert erstellt, wobei eine alljährliche Adaptierung vorgesehen war.

### Erfahrungen und Grenzen des Partizipativen Budgets von Porto Alegre

Durch diese innovative Art der Budgeterstellung wurde für BürgerInnen ein verstärkter materieller Anreiz geschaffen sich politisch zu engagieren und organisieren. Durch ihre Miteinbeziehung konnten sich

*Das Partizipative Budget Porto Alegres zeigt, dass eine „andere Welt“ möglich und eine andere Politik praktikierbar ist.*

Bernhard Leubolt, Forschungsassistent an der  
Wirtschaftsuniversität Wien

#### Links

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie hier:

>> [The Experience of the Participative Budget in Porto Alegre Brazil](#)

>> [Website der Stadtregierung Porto Alegres \(portugiesisch\)](#)

#### Download

Hier finden Sie weiterführende Informationen als Download:

>> [Porto Alegre - Results achieved in 15 years of Participatory Budgeting \(1989-2003\)](#)

>> [Kurzfilm Porto Alegre: An Interesting Example](#)

BürgerInnen für die finanzielle Umsetzung von bestimmten Projekten einsetzen. Ein positiver Effekt war die vergleichsweise **hohe Beteiligung von Frauen und ethnischen Minderheiten**. Es konnte auch eine **umverteilende Wirkung** erreicht werden, sodass arme Stadtteile einen höheren Beitrag an öffentlichen Investitionen pro Person erreichen konnten. Durch kleinteilige, der lokalen Struktur und den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasste Projekte wurde der Entwicklungsstand im Vergleich zu anderen brasilianischen Großstädten deutlich gehoben.

Die **Grenzen von Partizipativen Budgets** sind in den wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten der lokalen Ebene zu sehen. Die BewohnerInnen von Armensiedlungen profitierten durch die Verbesserungen in ihrem Wohnumfeld; eine unmittelbare Verbesserung ihrer Erwerbschancen wurde allerdings nicht erreicht.

## PARTIZIPATIVE BUDGET- INITIATIVEN IN EUROPA

In Europa wurden erste Experimente zum Partizipativen Budget 1994 in Grottammare, **Italien**, 1996 Salford, **Großbritannien** sowie 1998 in Mönchweiler, **Deutschland** gestartet. Einen wichtigen Beitrag zur weiteren Verbreitung in Europa lieferte das World Social Forum in Porto Alegre 2001. In den Ländern Spanien, Frankreich und Deutschland sind viele etablierte Verfahren zur Demokratisierung der öffentlichen Haushalte zu finden. Vereinzelt gibt es auch Initiativen in England, Portugal und Polen.

**Spaniens** größte Stadt mit einem partizipativen Budget ist Cordoba, mit über 300.000 Einwohnern. Der hier eingeführte Bürgerhaushalt ist hinsichtlich der de facto durch die BürgerInnen getragenen Entscheidungskompetenz und der Tatsache, dass es hier vornehmlich um Investitionen und Projekte geht, dem Ansatz von Porto Alegre sehr ähnlich.

In der **englischen Stadt** Bradford wurde ein Modell umgesetzt, das einen Fonds für Investitionen bzw. für Projekte z.B. im Sozial-, Umwelt- oder Kulturbereich vorsieht. In einem von der lokalen Verwaltung relativ unabhängigen Gremium wird über die Vorschläge gemäß einer gemeinsam entwickelten Prioritätenliste entschieden.

Die Ansätze in **Frankreich und Deutschland** haben ihre Gemeinsamkeiten in einem stärker konsultativen Charakter. Die Entscheidungskompetenz liegt hier stärker bei der Verwaltung, die auch eine Abstimmung und Hierarchisierung der Vorschläge vornimmt. Darüber hinaus steht in der französischen Stadt Bobigny die Rechenschaftslegung durch den Bürgermeister bei öffentlichen Versammlungen in den Stadtteilen stärker im Vordergrund.

In **Deutschland** wurde das Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein- Westfalen“ in Kooperation von Landesregierung und Bertelsmann- Stiftung initiiert. Als Projektgemeinden wurden Anfang 2001 die Städte Castrop- Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim a.R. und Vlotho ausgewählt. Hier wurden verschiedene Instrumente und Modelle erprobt, die in einem Leitfaden Hinweise zur weiteren Umsetzung geben sollen. Weitere Anwendungen fanden beispielsweise durch die 2003 beschlossene Neuordnungsagenda 2006 in Berlin statt. Für die Bezirke Lichtenberg und Marzahn- Hellersdorf sowie Mitte wurde eine Partizipative Haushaltsplanaufstellung, - entscheidung und - kontrolle beschlossen.

Zum Ablauf der BürgerInnenbeteiligung im Rahmen der Budgeterstellung [lesen sie mehr beim Beispiel Berlin Lichtenberg](#).

Die erste große Stadt in Deutschland, in der ein Bürgerhaushalt gestartet wurde, ist Köln. Im Herbst 2007 wurden KölnerInnen erstmalig dazu aufgerufen, Vorschläge und Anregungen einzubringen, wo ihre Stadt sparen und wofür sie ihr Geld ausgeben soll. Die Themen

### Links

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie hier:

>> ["Kommunaler Bürgerhaushalt" des nordrhein- westfälischen Innenministeriums und der Bertelsmann Stiftung](#)

>> [Internetplattform zur Bürgerbeteiligung an der Hamburger Haushaltsplanung](#)

>> [Webseite der Heinrich Böll Stiftung zum Thema Bürgerhaushalt/ Beteiligungshaushalt](#)

>> [Themenseite des Wegweiser Bürgergesellschaft](#)

>> [Europäische Bürgerhaushalte im Vergleich](#)

### Beispiele

Hier finden Sie weiterführende Informationen zu verschiedenen Beispielen der Umsetzung partizipativer Haushaltspolitik:

>> [Frankreich \(Bobigny, Arcueil, St. Denis\)](#)

>> [Großbritannien \(Salford\)](#)

>> [Griechenland](#)

Deutschland:

>> [Köln](#)

>> [Rostock](#)

>> [Emsdetten](#)



Die Website zu Partizipation und Nachhaltiger Entwicklung ist eine Initiative des Lebensministeriums und wird inhaltlich durch die ÖGUT betreut. >> [Kontakt](#)



"Sport", "Straßen und Wege" und "Grünanlagen" standen im Mittelpunkt des Bürgerhaushaltes. Lesen Sie mehr über den Kölner Bürgerhaushalt [hier](#).

## DAS BEISPIEL BÜRGERHAUSHALT BERLIN LICHTENBERG

Mit Stadtteilkonferenzen in den 13 Lichtenberger Stadtteilen startet im September 2007 die öffentliche Diskussion zum Bürgerhaushalt 2009. Damit geht die Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung ins dritte Jahr.

Die Bezirksbürgermeisterin von Berlin- Lichtenberg, Christina Emmrich (Die Linke) meint dazu: „Wir haben gute Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung gemacht, wollen aber noch mehr Bürger/ innen anregen, Einfluss auf ihr eigenes Wohnumfeld zu nehmen. Vielleicht gelingt es, Vorschläge für den Haushalt mit den Zielen und Aufgaben in den einzelnen Stadtteilen des Bezirks zu verknüpfen. Neu ist auch, dass die Bürger/ innen mit Pro und Contra abstimmen können. Vorschläge, die zu höheren Ausgaben führen, müssen Einsparvorschläge an anderer Stelle im Haushalt nach sich ziehen.“

Als kinder- und familienfreundlicher Bezirk legen wir größeres Gewicht auf Familien mit Kindern. Deshalb wurde die bisherige Altersgrenze von 14 Jahren für die Beteiligung aufgehoben. Auf den Stadtteilversammlungen erhält jedes Familienmitglied fünf Punkte für die Abstimmung. Natürlich ist für Kinderbetreuung gesorgt. Jedenfalls freue ich mich auf angeregte Diskussionen in den Stadtteilen und wie in den vergangenen Jahren auf viele interessante Vorschläge.“



Die rechtliche Grundlage für die Erstellung des Bürgerhaushaltes wurde am 15. Juli 2005 durch die Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes im Berliner Bezirk Lichtenberg festgelegt. Danach sind die Bezirksverordnetenversammlungen verpflichtet, für ihre BewohnerInnen umfassende Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten an den kommunalpolitischen Entscheidungen zu ermöglichen und sie über deren Mitwirkungsrechte zu informieren.

### Was soll erreicht werden?

Ziel des Bürgerhaushalts ist neben einer stärkeren Orientierung an den Bedürfnissen der BürgerInnen des Bezirks, ein effektiverer Einsatz der Finanzmittel, mehr Gerechtigkeit im Mitteleinsatz und mehr Transparenz bei der Budgeterstellung. Der erwartete Nutzen für Politik und Verwaltung ist eine Belebung der Haushaltsdiskussion, unbürokratische Entscheidungen und neue Anregungen für die Verwendung öffentlicher Mittel zu erhalten.



### Was kann entschieden werden?

Da die Verwendung des Bezirksbudgets großteils bereits durch Gesetze festgelegt wird und diese auch finanziell abgesichert sein müssen, kann nur ein kleiner Teil von den BürgerInnen mitbestimmt werden. Diese werden als steuerbare Aufgaben bezeichnet und betreffen Kultureinrichtungen, Sportförderung, SeniorInnenprogramme, Jugend- und Gesundheitsförderung, Grünflächenerhaltung sowie Wirtschaftsförderung.

### Wie wird entschieden?

Jede BürgerIn erhält durch Online- Dialog, BürgerInnenversammlungen und schriftliche Beteiligung die Möglichkeit, Vorschläge einzubringen und die eingebrachten Vorschläge auch zu bewerten. Gestartet wird in kleinen Veranstaltungen, wo vor den BürgerInnenversammlungen die BewohnerInnen informiert und aktiviert werden sollen. Parallel dazu gibt es die Möglichkeit, online Vorschläge einzubringen und zu bewerten.

- Die eingebrachten Vorschläge und Bewertungen werden durch das im Internet und auf den BürgerInnenversammlungen gewählte Redaktionsteam aufbereitet und geprüft. Die Endfassung der Vorschlagsliste stellt die Basis für den Abstimmungsprozess dar, die online und in Printmedien veröffentlicht wird.
- Die Abstimmung erfolgt über drei Wege: Neben der Internetabstimmung und der Abstimmung auf der Abschlussveranstaltung wird auch eine schriftliche Befragung durchgeführt. Dazu werden zufällig ausgewählte BewohnerInnen des Bezirks angeschrieben um ihre Wertungen abzugeben. Aus dem Rücklauf wird eine weitere Liste erstellt.
- Die so entstandenen „3 Hitlisten“ werden an die Bezirksverordnetenversammlung übermittelt, die diese in ihre Haushaltsberatungen einbezieht. Deren Mitglieder müssen darüber Rechenschaft ablegen, welche Vorschläge angenommen und begründen, warum Vorschläge abgelehnt wurden. Die PolitikerInnen haben sich dazu verpflichtet, alle Ideen, die dem geltenden Haushaltsgesetz entsprechen und politisch vertretbar sind, auch umzusetzen.



Bürgerhaushalt Berlin Lichtenberg  
Foto: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

#### Links

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie hier:

>> [Bürgerhaushalt in Berlin Lichtenberg](#)

Quelle: [http:// www.partizipation.at/ part\\_budget\\_en.html](http://www.partizipation.at/part_budget_en.html)